

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923...

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzahl...

Morgenwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3...

Sonnabend, den 6. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Neue Anklage gegen Deutschland.

Zu geringe Kohlenlieferungen!

Paris, 5. Januar. (Havas.) Die Reparationskommission...

Unter den laufenden Angelegenheiten, die heute vormittag...

Morgen vormittag wird die Kommission auch Dienstag...

Paris, 5. Januar. (W.T.B.) Poincaré hatte heute morgen...

Paris, 5. Januar. (W.T.B.) Der diplomatische Havas-Mitarbeiter...

Paris, 5. Januar. (G.L.) Eine amtliche französische Erklärung...

Reparationskommission der Lage Deutschlands und seiner Kohlenlieferung...

Der schlechte Wille Deutschlands ist um so offensichtlicher...

Die französischen Kohlenbergwerke 32 000 000 Tonnen...

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags tritt in der kommenden Woche...

Poincarés Absichten.

Paris, 5. Januar. (W.T.B.) Ministerpräsident Poincaré...

Paris, 5. Januar. (W.T.B.) „Liberté“ schreibt, man habe den Eindruck...

Die Vereinigung der Internationalen.

Vorbereitungskonferenz in Köln.

Köln, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Köln trat heute vormittag...

Das Prager Attentat.

Prag, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ein ärztlicher Bericht...

Im Verhör hat der Attentäter Soupal angegeben, er sei Anarchokommunist...

Nach einer Prager Eco-Meldung soll Soupal als Handlungsgrund...

In Prag gab es Demonstrationen vor Zeitungsredaktionen...

Ein Ausruf der Regierung sagt, daß der Kurs der alte bleibe...

Politik des Bankrotts.

Es muß mit aller Schärfe gesagt werden: das Scheitern der Pariser Konferenz...

Die friedliche Entwicklung Europas kann weder durch die eine noch durch die andere...

„Alles läßt befürchten, daß die französische Regierung mangels Uebereinstimmung...

Treu ihren Verpflichtungen, die sie soeben erst auf dem Weltfriedenskongress...

Sie drängen die Regierungen, die im Begriffe stehen, sich für immer vor der jüdischeren öffentlichen Meinung...

Sie verwerfen eine Politik, welche zum mindestens Frankreich dem Vorwurf...

Sie machen darauf aufmerksam, daß die Regierungen der Entente, indem sie...

Sie erklären schließlich, daß diese gefährliche und schädliche Politik...

Diese Politik der Reaktion und des Krieges ist also in gleichem Maße eine Politik des Bankrotts...

In einer Reihe von glänzenden Artikeln im Pariser „Peuple“ hat der Generalsekretär...

Wölkung der zerstörten Welt von dieser Politik nicht den geringsten Nutzen gehabt. Die französische Regierung läßt sich auch nicht auf die jetzt geschaffene kritische Lage berufen. Sie handelte wie ein Lokomotivführer, der den Zug auf ein falsches Gleis führte. Wenn die Regierung die Anwendung der Gewalt fordert, sei das gleichbedeutend mit einem Befehl, daß sie einer Katastrophe entgegengehe und die Zustimmung jener finden müsse, die die Opfer dieser Katastrophe sein würden.

Wir wollen, so erklärt Deauhaure, die Zustimmung zu einer solchen Politik nicht geben. Wir wissen nicht, ob jetzt noch ein anderer Weg als der der Katastrophe möglich ist, aber wir erachten es zunächst als unsere Pflicht, auf die Schuldigen hinzuweisen, die die Verantwortung für diese katastrophale Lage zu tragen haben. — In einem anderen Artikel schreibt er:

Überall festigt sich immer mehr die Überzeugung, daß das Problem der Reparationen nicht nur die Interessen der Kriegsteilnehmer in Mitleidenschaft zieht, es interessiert infolge seiner Auswirkungen alle Völker, selbst die, welche nicht am Kriege teilgenommen haben, und auch die nach Teilnahme am Kriege glaubten, sich in eine selbstsüchtige Isolierung zurückziehen zu können. Die Idee gewinnt immer mehr an Stärke, daß die Verhandlungen zwischen den Mächten, deren materielle Interessen mehr und mehr auseinanderlaufen, dieses Problem nicht regeln können; daß man ein Schiedsgericht anrufen muß, um die Verpflichtungen Deutschlands festzusetzen und die unumgänglichen Bedingungen einer internationalen Lösung zu verwirklichen.

Die deutsche Schuld festzusetzen unter Bedingungen, die Deutschland ermöglichen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, und die internationale Wirtschaft nicht noch mehr erschüttern, das ist der erste Schritt zu einem für alle Parteien annehmbaren Ausgleich. Die geeigneten Maßnahmen zur finanziellen Wiederaufbauung Deutschlands sind damit eng verknüpft und können nicht davon getrennt werden.

Die hier gemachten Vorschläge sind nicht neu. Sie sind in den letzten zwei Jahren von den internationalen Konferenzen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften wiederholt erhoben und eingehend begründet worden. Es sind fortgesetzt Anstrengungen gemacht worden, um diese Forderungen, namentlich soweit sie sich auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete richteten, in die Praxis umzusetzen. Sie scheiterten jedoch an dem geschlossenen Widerstand der kapitalistischen Eliten in den verschiedenen Ländern, deren Macht die international und national zersplitterten Kräfte der Arbeiterklasse nicht zu überwinden vermochten.

Namentlich die französische Arbeiterklasse ist infolge ihrer durch die Kommunisten geförderten Zersplitterung nicht in der Lage gewesen, in dem Maße auf die Politik ihrer Regierung einzuwirken, wie es die Situation erfordert hätte. Doch die eine Bemerkung haben wir nun: daß die Ideen, die die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften seit Jahren gepredigt, nicht nur durch den weiteren Verlauf der Reparationskrise glänzend gerechtfertigt worden sind, sondern daß auch in der Arbeiterklasse jenes Land, von dessen Entscheidungen der weitere Verlauf der europäischen Krise am meisten abhängt, in der Arbeiterklasse Frankreichs, die Überzeugung sich festigt, daß nur durch gemeinsame internationale Aktionen und durch einen energiegelassen Kampf gegen die militaristische Reaktion eine europäische Katastrophe, ein neues Weltunheil vermieden werden könne.

Es sind nur wenige Tage, die uns von dem folgen-schweren 15. Januar trennen. Gefahren sind im Verzuge, die die Arbeiterklasse der am meisten interessierten Länder, Frankreich und Deutschlands, am schwersten und nachhaltigsten bedrohen. Wir haben nicht das Vertrauen, daß die Kräfte der bürgerlichen Welt diese Gefahren zu bannen vermögen. Nur die Aktion der Arbeiterklasse, nur ihr starker und nachhaltiger Druck auf die Regierungen kann die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die herrschenden Klassen, im Interesse ihrer eigenen Selbsterhaltung, Wege der Verständigung suchen, die eine neue Katastrophe vermeiden lassen.

Völkerverbindende Kunst.

Es mehren sich die Zeichen, daß die internationalen künstlerischen Beziehungen, die so jäh unterbrochen waren und so lange darniederlagen, wieder erstarben. Es wandern nationale Bilderausstellungen über die Grenze, wieder ist der Austausch von Theatergesellschaften, von Sängern und Virtuosen im Gange. Auch die Musikorganisationen vergessen den Kampf; es bildet sich eine Gesellschaft für internationale neue Musik, man führt in Berlin junge französische, englische, russische Werke unter ausländischen Dirigenten auf — in jenen Ländern folgen Aufführungen dieser Gesellschaft, in denen unsere moderne Musik gepfeift wird — kurz; überall regen sich neue Kräfte mit völkerverbindender, völkerverbindender Wirkung.

Jetzt begrüßt man wieder in unseren Konzertsälen Künstler und Werke, die wir lange entbehrt haben. Wir lernen den Strom der neuen Musik, die in diesen Jahren im Auslande geschaffen wurde, kennen, neue Interpreten kommen wieder nach Deutschland und bringen Anregungen, unsere deutschen führenden Musiker — ich nenne Strauß, Rüd., Weingartner — wirken wieder wie einst im Auslande, auch jenseits des großen Wassers, für deutsche Musik.

Und auch die Volksmusik, die am eindrucksvollsten zu den Massen sprechen kann, am stärksten Völker verbinden kann, weil sie eben aus der Seele der Völker stammt und durch Volkslieder vermittelt werden kann, redet wieder, wie einst, zu uns. Der wundervolle Ukrainische Volkschor unter seinem genialen Dirigenten Kofchyk läßt in vielen Konzerten uns in die Seele jener schwer-mütigen Volksmusik verfallen, die fernam östlichen Lande entquillt. Die herbe Schönheit der russischen Stimmen ist da zu einem wunderbar klingenden, seltsamen Sängersinstrument zusammengesetzt, das schmiegsam allen Winken des Dirigenten gehorcht. Ähnliche Klänge kommen aus der Tschekoslowakei zu uns. Der musikalisch effizienteste Gesandte der Republik, Minister Tulas, unser Parteigenosse, protogiert diese Konzerte: einmal führt uns der junge, hochtalentierte Prager Soubor alle 16 slawischen Tänze des Meisters Dooral mit den Philharmonikern vor und erweckt den begeistertsten Beifall des aus Deutschen und Tschechen gemischten Publikums mit diesen Völkertänzen; ein andermal singt ein südböhmisches Lehrergesangverein Chöre der neuen böhmischen Meister, vor allem des hochbedeutenden Prager Komponisten Förster, deren Chorsätze an Originalität und Ausdruck in den Schritten stellten, was wir von deutschen Männerchorwerken kennen; und die Böhmern singen in ähntlich instrumentaler Ausfassung, wie die Ukrainer, und mit einer künstlerischen Sicherheit und Ausdrucksfähigkeit, die ebenfalls alles über-trumpft, was wir hier sonst hören. Kurz, von slawischer Volksmusik kommen starke neue Anstöße für unsere Künstler, für unsere Arbeiter- und Volkschöre.

Auch aus England kommen Anregungen: nachdem früher eine Gruppe von Solisten in meisterhafter Weise alle Modellsolostücken aus England durch große Teile Deutschlands — leider, ohne Berlin zu berühren — und führten Völkertänze und Volksweisen auf, die bei ihnen zu Lande seit Jahrhunderten leben — oder schreint waren. Aus alten Dokumenten, Bildern, Glasfenstern rekonstruiert die

Hermes über den Konferenzabbruch.

Die „Deia“ verbreitet Aeußerungen, die Reichsfinanzminister Dr. Hermes zu dem Berliner Berichtstatter der amerikanischen Nachrichtenzentrale „Internationale News Service“, Herrn S. D. Bayer, getan hat. Der Minister sagte u. a.: „Deutschland würde eine Weltkonferenz über die Reparationsfrage in Washington mit Freuden begrüßen. Sind wir erst einmal außerhalb der haßerfüllten Atmosphäre Europas, befinden wir uns in der frischen Luft Amerikas, wo die Entfernung von den heißen Quellen der Intrigen und der Feindseligkeiten der alten Welt dem Gemeinmänn und der kühlen Logik wieder einen Platz einräumt, dann wird es besser mit uns auskommen.“

Von den deutschen Vorschlägen sagte Dr. Hermes, daß sie die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit darstellten. Er fügte hinzu, daß das Ministerium Cuno ohne Frage die letzte entgegenkommende Regierung in Deutschland sei.

Zur wirklich unparteilichen Ausarbeitung eines Planes zur Lösung der europäischen Wirtschaftskrisis würde unter den dazu geeigneten Amerikanern Herbert Hoover mit seinem Genie für Organisation, seiner Weitsicht und seinem tiefen Verständnis für wirtschaftliche Pläne der geeignete Mann sein. Wäre Hoover nicht dazu bereit — warum sollte die Regierung der Vereinigten Staaten dann nicht John D. Rockefeller oder Henri Ford (dem angeblichen Hitler-Protektor? Red. d. B.) ernennen? Deutschland habe nicht den geringsten Wunsch, auf die Aktion der amerikanischen Regierung einzuwirken. Er, Hermes, sage das alles nicht als eine Bitte an die U.S.A.-Regierung. Aber er betont, daß Deutschland sehr erfreut und erkenntlich sein würde, wenn die Vereinigten Staaten bereit sein würden,

dieses Dilemma bei beiden Hörnern zu nehmen. Deutschland würde am liebsten alle seine Bücher den Revisoren vorlegen und ihnen jede Erleichterung schaffen, damit sie genaue Ueberblick über die Finanzlage gewinnen. Wir haben nichts zu verheimlichen, im Gegenteil, wir begrüßen die genaueste, vorurteilsfreie Prüfung unserer Bücher.

Der fortgesetzte Druck von außen her und die ewigen Drohungen mit einem Ultimatum haben, so sagte Hermes weiter, die Regierung in einen fortgesetzten Konflikt mit dem eigenen Volke wie auch mit dem Ausland gebracht. Die fortgesetzten Parteifreitigkeiten und die unaufrichtigen Angriffe derjenigen, die mit der Republik unzufrieden sind, haben es mit sich gebracht, daß die Regierung große Schwierigkeiten hat, sich die notwendigen Autorität und das Prestige vor der übrigen Welt zu verschaffen.

Dank der fortgesetzten Fehlschläge unserer Versuche, Hilfe zu finden, und dank der

schrecklichen wirtschaftlichen Lage, die jetzt den Rand des Abgrundes fast erreicht hat,

erhebt eine gefährliche Drohung ihr Haupt im Lande, jene, die aus allen Schichten der Bevölkerung von uns die Aufkündigung des Versailler Vertrages verlangt. Wir haben, soweit es in Menschenkräften steht, unser Bestes getan, und sind jetzt am Ende unserer Kraft. Wir sind weißgeblutet, und ein Teil des Volkes verlangt von uns, daß wir jede weitere Zahlung auch nur eines einzigen Pfennigs verweigern sollen. Ich nenne das eine gefährliche Drohung, weil sie, obgleich sentimental, doch durchaus verständlich ist; vom geistlichen Standpunkt aus gesehen, ist sie ein tödliches Unrecht. Meine Kollegen und ich haben diese Bewegung so lange bekämpft, solange wir im Amte sind. — Dr. Hermes erklärte, daß Deutschland durchaus nicht die Absicht habe, sich seinen Verpflichtungen gemäß des Versailler Vertrages zu entziehen.

Wir wollen nicht betrügen.

Jagte der Minister, wir wollen über die uns auferlegten Lasten nicht jammern und klagen, wir haben den Krieg verloren, und wir müssen bezahlen. Wir wollen auch, aber nur in vernünftigen Grenzen. Man kann uns nicht zumuten, daß wir durch übermäßige Zahlungen Selbstmord begehen. Vier lange schreckliche Jahre haben wir nichts getan, als zahlen, zahlen, zahlen, erfüllen und erfüllen, ohne jemals zu wissen, wie lang das noch weitergehen soll und wieviel man von uns verlangt. Millionen unserer Volksgenossen leiden an Entkräftung und Unterernährung, unser Geld ist entwertet, unser Weltmarkt krank. Ueber alledem steht die unbefriedigbare Härte der militarischen Forderung. Jetzt verlangen wir zweierlei: eine Atempause und die definitive Gewißheit der Summe, die wir zahlen sollen und die sich innerhalb unserer Zahlungsfähigkeit halten muß. Die Vorschläge, die

Dr. Bergmann mit nach Paris genommen hat, waren das Ergebnis wochenlangender, sorgfältiger Verhandlungen, an denen alle unsere industriellen und wirtschaftlichen Faktoren teilgenommen haben. Die deutsche Regierung kann nichts unterzeichnen, das mehr verlangt, als Deutschland erfüllen kann.

Wenn die jegliche Regierung fürzt und ihr folgt eine sozialistische oder irgendeine andere Regierung, so wird auch das neue Kabinett eherseherweise nicht mehr auf sich nehmen können. Die Annahme höherer Forderungen würde eine Farce oder ein Betrug sein. Wir sind der Schuldner, wir sind bankrott, und unsere Bücher können eingesehen werden. Ich warne die Welt, so schloß der Minister: erhält das deutsche Volk noch eine Ohrfeige, dann wird das gequälte Volk vom Jarn übermannt werden, wird alle Hemmungen durchbrechen und sich jenseits der Kontrolle jeder Regierung stellen.

Keine Washingtoner Konferenz.

Washington, 5. Januar. (Reuter.) Das Staatsdepartement demontiert die Meldung, wonach die Vereinigten Staaten auf Ersuchen Großbritanniens einen internationalen Kongreß zur Erörterung der Reparationsfrage einberufen werden. Offiziell werde erklärt, die Vereinigten Staaten hätten bereits alles getan, was ihnen möglich sei, um auf die Lösung des Problems hinzuwirken. Die Anregung des Staatssekretärs Hughes, eine Finanzkommission zur Beurteilung der Reparationsfrage zu ernennen, sei der französischen Regierung unterbreitet worden. Jede Aktion wegen Einberufung einer solchen Kommission müsse notwendigerweise von Frankreich ausgehen.

Französische Pressstimmen.

Paris, 5. Januar. (W.B.) Zu dem Abbruch der Verhandlungen schreibt der „Petit Parisien“, so unangenehm es auch sei, dies festzustellen: England und seine Alliierten auf dem Kontinent hätten für den Augenblick ausgehört, die gleiche Sprache zu sprechen. Diese grundlegende Meinungsverschiedenheit scheint übrigens durch die Tatsache verschärft worden zu sein, daß Bonar Law in mehr als feltamer Weise durch einige englische Finanzfachverständliche unterstützt worden sei. Da die Konferenz Schiffsbruch gelitten habe, müsse man sich über die Folgen klar sein. Da die Alliierten sich nicht über ein gemeinsames Programm einig sein können, werde tatsächlich Frankreich, unterstützt von Belgien und vielleicht auch von Italien, nur übrig, zu militarischen Maßnahmen Zuflucht zu nehmen, von denen man entbunden zu sein gehofft hatte.

„Deuxie“ schreibt: Bestenfalls wird uns nicht über die Vergangenheit. Eine einzige Sache zählt nunmehr nur, die für die Zukunft ins Auge zu fassen ist: Was wird der Mann, der nunmehr freie Hand hat, unternehmen? Schon läßt er durch die Reparationskommission eine beabsichtigte Verletzung Deutschlands bei den Holzlieferungen feststellen, und er will eine zweite auch für die Kohlenlieferungen feststellen. Will Poincaré den 15. Januar abwarten, an welchem Tage der Londoner Zahlungsplan Belegkraft erlangt, um eine dritte Verletzung festzustellen? Die Sache ist an sich von untergeordneter Bedeutung, denn, ob man gegen Deutschland am 7., 15. oder 20. Zwangsmaßnahmen ergreift, gleich ist, daß man sie nehmen wird. Aber welche Maßnahmen? Wir werden jedenfalls die Politik der Pfänder, der Garantien und vielleicht auch der Befegung des Ruhrgebietes und des Zollkorridors betreiben. Was wird diese Politik einbringen? Poincaré hat im Voraus geantwortet, er erwarte Begabung der Besetzungskosten, der Kosten der Interalliierten Rheinlandkommission und der Kontrollkommissionen, im ganzen also mehr als 250 Millionen Goldmark im Jahre, endlich auch die Aushebung der Pfändernahme, deren Ertrag er auf etwa 1 Milliarde Goldmark im Jahre abgeschätzt hat. Man müsse sich jedoch, daß alle diese Voraussetzungen Poincarés sich erfüllen und daß sie von Bonar Law in einer nahen Zukunft verweigert werden. Aber, um offen zu sein, sagt das Blatt, wir glauben nicht daran. Schon hat das Pfund Sterling und der Dollar die Aufwärtsbewegung begonnen.

In dem Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ heißt es, England als Herrin der Meere und der internationalen Transaktionen, frei von der deutschen Gefahr, die seit 1870 auf ihm gelostet habe, fast sicher, daß ihm von Russland bis auf weiteres keinerlei ernste Gefahr drohe, und im Augenblick gewiß seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika — England sei wieder zu seiner traditionellen Politik der Isolation, vielleicht zu seiner Politik der Feindseligkeit gegen die, die als die stärkste Macht auf dem Kontinent gelten, zurückgekehrt. Die Formeln des diplomatischen Protokolls würden es natürlich leugnen, aber die Tatsachen seien stärker als Worte, und die Tatsachen sagen vor.

Wien und Berlin. Ein Wiener, der in Berlin gewesen ist, stellt in einem Wiener Sonntagblatt bemerkenswerte Vergleiche über die beiden Hauptstädte an und wirft dabei die Frage auf, ob Wien noch eine Großstadt ist. Der Wiener, sagt er, hat seine Vaterstadt bisher für eine Großstadt gehalten. Vielleicht war sie es, nach den Begriffen der siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Doch betrüblich stellt der Wiener fest, daß seine Hauptstadt den Anforderungen der anderen Großstädte nicht mitgemacht hat. „Wer jetzt“, so heißt es in seinen Schilderungen, „aus Berlin zurückkommt, und dann um 6 Uhr abends über den Stephansplatz geht, wird nicht mehr behaupten, daß Wien eine Großstadt ist. Dieser halbdunkle Platz ohne Straßenbahn, ohne Stadtbahn und Autonomibus, nur mit ein paar hundert Fußgängern und den viel zu lauten, dabei wenig benutzten Kraftfahrzeugen, hält keinen Vergleich aus mit dem Leipziger Platz oder dem Alexanderplatz in Berlin. Für einen Wiener ist das Treiben am Alexanderplatz nach sieben Uhr abends geradezu sinnverwirrend. Stadtbahn und Untergrundbahn, Straßenbahnen, die fast ohne Unterbrechung aus allen Richtungen herankommen; Autobusse und Autosdroschen in einer für Wiener Verhältnisse geradezu unerhörten Zahl. Großstädtisch ist in Wien eigentlich nur noch die Oper. Und die Tageszeitungen. Haben diese auch nicht die Berliner Reichsanfragen, so sind sie nach Inhalt, Ausstattung und Umfang den Berliner Blättern mindestens gleichwertig. — Freilich kommt Wien nur dann so schlecht weg, wenn man es mit Berlin, der drittgrößten Stadt der Welt, vergleicht. Nach London und New York kommt Berlin. Und doch, wer an einem Sonntag in den Ballprosaer wandert oder in den Abendstunden in den Lustgärten den Heimarsch der Ausflügler betrachtet, wird sich gestehen müssen, daß nur eine Großstadt solche Massen auf die Beine bringen kann. Ist Berlin auch imponierend, grandios, eine Weltstadt von amerikanischem Wachstum und Leben — auch in Wien ist es schön, und wer den Kahlsberg aufwärtssteigend hinunterblickt auf die Stadt am Donauufer, wird verstehen, warum der Wiener stolz auf seine Vaterstadt ist.“

Der kritiklos veranlagte Berliner wird diesen wienerischen Lobes-hymnus auf Berlin nicht unmissverständlich lassen; er muß feststellen, daß die Volkswirtschaftswissenschaften unter den Räten der Zeit allzu viele Schönheitsfehler aufweist, daß die berühmte Straßenbeleuchtung heute durchaus unzulänglich, daß der Verkehr erschreckend zurückgegangen, daß der ganze weltstädtische Rhythmus der Biermillionsstadt durch den verheerenden Krieg schwer gehemmt ist.

Der Tabak als „heißes Kraut“. So wichtig uns der Tabak im modernen Leben geworden ist und so wenig sich Herren wie Damen von ihm trennen möchten, so würden wir doch diesem Kraut keine heilige Bedeutung beimessen. In der Urgeschichte des Tabaks, die vor seiner Einführung nach Europa liegt, hat er aber in der Religion eine wichtige Rolle gespielt, und die Völker Amerikas bedienten sich des Tabaks nicht nur dazu, um die Lebensgeister anzuregen und sich im Kriege nutzlos zu machen, sondern auch zu Beschwörungen und Wahrsagungen, zu gottesdienstlichen Handlungen aller Art. Der Tabak wurde den Göttern und Geistern als Rauchopfer dargebracht; man schmauchte ihn aus „heiligen Pfeifen“, die unter den Priestern herumgingen. Von diesen

Musikwissenschaften; und sie stellt auch fest, daß schon vor 300 Jahren — zu Shakespeares Zeiten — solche Tänze und Weisen von englischen fahrenden Beurten in Darmstadt vorgeführt worden sind. Und die jungen Studenten legen diese nächtliche Konstatierung in lebendige Tat um: sie scharen sich zusammen, studieren die Tänze und die Musik ein und fahren in der ausgereiften Absicht, jene alte Tradition neu zu beleben, nach Deutschland. „Wir würden es als Freude und Glück empfinden“ — so sagen sie in ihrer Ankündigung — „wenn wir dadurch beitragen könnten, das Band zu festigen, welches sich zwischen dem jungen England und dem jungen Deutschland dieser ganz neuen Epoche zu knüpfen beginnt.“ Unvergessen für jeden, der etwa die Belegarbeit hatte, in der Festhalle der Bildungsanstalt für rätymische Gymnastik auf dem Hügel über der heilichen Gartenstadt Hellerau einen solchen Abend bezuwohnen. Alle Erdenschwere verfant, die transparent-leuchtenden Beinenwände des Saales mit ihren wechselnden Helligkeiten bildeten den Hintergrund, von dem sich die Heiterkeit der Reihentänze, die Wucht der Schwerttänze, die Grazie der Stabtänze, die abwechslungsreichen Tänze der Gewerke abhoben — alles gewann in der lebendigen Vorführung und zugleich auch in seiner sinnbildhaften Bedeutung vor unsren Augen Gestalt; die alten Volksweisen, für Orchester wie menschliche Stimme gefügt, wechselten mit Gruppen- wie Solotänzen reizvoll ab. Was können diese Darbietungen unserer deutschen Jugendbewegung für Anregungen geben! Hier ist die nächtliche Kunstwissenschaft durch jene jungen Studenten in wahre Verbindung mit der lebendigen Kunst gebracht. Und bei uns? Auf der einen Seite gelehrte Werke — auf der anderen vielfach distantierte Volkstanzversuche. Er scheint einmal in einem guten Verlage ein schönes Buch über den Volksanz, so wird es durch stümperhafteste Musikbearbeitung verunziert — die Musiker wiederum kennen die Volks-tänze und Volkstroden nicht gut genug, um jene Einheit zwischen Kunstwissenschaft und Volkskunst herzustellen, die auf diesem Gebiet in England offenbar schon geschaffen ist.

Was uns aber noch ganz fehlt, das ist der Austausch jener Volksmusik, die der Arbeiterchor, der wahre Volkschor treibt. Während vor dem Kriege die großen Vereine unseres Deutschen Arbeiter-sänger-Bundes außer Land gingen, um dort Konzerte zu veranstalten, während jahraus, jahrein aus aller Welt Chöre unserer Bruderorganisationen — aus Skandinavien, ja sogar aus Amerika — nach Deutschland kamen, bestehen heute noch keine Möglichkeiten. Die Gründe liegen auf der Hand. Und alle Vorschläge, solche Austauschreisen der wirklichen Volkshöre einzurichten, sind, trotz vieler Bemühungen, die auch durch die Gewerkschaftskommission in bereitwilligster Weise unterstützt wurden, gescheitert; bürgerliche Chöre (wie der Berliner Dom-Chor) haben bisher allein den Raum der deutschen Chormusik wieder über die Grenzen getragen. Und doch — ehe nicht von neuem diese verbindenden künstlerischen Beziehungen von Volk zu Volk hergestellt sind, ist all dies Südwärkt. Hoffen wir, daß auch uns bald wieder die Stunde schlägt, in der die Arbeiter-sänger der englischen und französischen, die skandinavischen und die böhmischen Arbeitersänger als Gäste hier begrüßen und Einladungen folgen können, um auch im Auslande Zeugnis für unsere deutsche Volksmusik abzulegen. Dr. A. G.

Krach in der Volkspartei!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte gestern morgen einen Artikel ihres Chefredakteurs Benisch, der überaus heftige Angriffe gegen die Regierung Cuno enthielt. Die Regierung wird ob ihrer „trodenen Büroanmanieren von 8 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr abends“ verhöhnt und ihr Mangel an jeder Aktivität nachgesagt. Gegen diese Angriffe wendet sich die „Zeit“ mit einer scharfen Erklärung, in der es heißt: „Es ist sehr zu bedauern, daß in diesem Augenblick Herr Professor Paul Benisch für richtig erachtet, in der „Deutschen Allg. Ztg.“ gleichzeitig die deutsche Regierung und das deutsche Parlament anzugreifen und damit in die sonst vorhandene einheitliche Auffassung einen Bruch hineinzubringen.“ Ferner wird Benisch nachgesagt, daß er in die deutsche Pressepolitik einen bisher nicht gekannten Ton hineintrage. Da die Töne des Chefredakteurs der „D.A.Z.“ stets den Räten des Herrn Stinnes entsprechen, richtet sich die Erklärung der „Zeit“ mittelbar auch gegen diesen.

Ein neuer Kessel-Prozess.

Die Erschießung der 32 Matrosen in der Französischen Strophe, die, wie erinnerlich, nach den blutigen Kämpfen am Karstall erfolgt war und die in den großen Prozessen gegen den Oberleutnant Marlow und später gegen den Hauptmann v. Kessel wiederholt verurteilt wurde, soll jetzt noch einmal aufgerollt werden. Da die Angeklagten gegen die Gerichtsurteile Revision einlegten, beschäftigte sich das Kammergericht mit dem Fall und hob das Urteil auf, wovon die Anklage aber an das Landgericht III zurück. Inzwischen fand eine kurze Verhandlung bereits statt, die jedoch abgebrochen werden mußte, weil das Gericht keine Unterlagen besaß, die über die zum Teil weit zurückliegenden Vorgänge Aufschluß geben konnten. Die Strafkammer hat nunmehr aber beschlossen, den Fall noch einmal ausführlich zu behandeln und hat verfügt, daß zu dem nächsten Termin, der voraussichtlich noch im Januar stattfindet, ein umfangreiches Beweismaterial herangeschafft und ein großer Zeugenapparat aufgestellt wird. So sollen jetzt die Strafsachen des Kriegsgerichtes der Reichsmehrbrigade 8 gegen Marlow und die Strafsachen des Gerichtes des Gardeausübungsstabes I gegen Hauptmann v. Kessel, damals noch Oberleutnant v. Kessel, wegen Mordes vorgelegt und zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden. Als Zeugen sind geladen worden: Hauptmann v. Kessel aus Hamburg, Oberleutnant v. Grobmann, Staatskommissar Dr. Weismann, Oberpräsident Roste, General v. Büttwig, zurzeit unbekanntes Aufenthalts, Kriegsgerichtsrat Meyer, der seinerzeit die Untersuchung gegen Marlow zu führen hatte, Betriebsassistent Düttmann vom Berliner Polizeipräsidenten und Referendar Richter, Berlin.

Die Verhandlung dürfte sich über mehrere Tage erstrecken, da das Gericht zur Klarstellung der Frage, ob die beiden Angeklagten auf Befehl der vorgesetzten Dienststellen handelten, als sie Marlow zur Flucht verholten, sowohl die Erschießung der 32 Matrosen, als auch die Handlungsweise des Hauptmanns v. Kessel noch einmal eingehend prüfen will.

Rückkehr zur Wahrheit!

In den Reisebeschreibungen, die die „Deutsche Tageszeitung“ aus der Feder des Herrn Georg Salvoester Biered veröffentlicht, findet sich eine Neufassung, die sehr im Widerspruch mit dem ewigen Gejammer über die „Notlage der Landwirtschaft“ steht:

„Der landwirtschaftliche Produkte verkauft, erhält Preise, die sich etwas dem Weltmarktpreise nähern. Ich habe von einem Bauern in Bremen gehört, der bloß, um sein Papiergeld loszuwerden, seinen Verdienst in vier Klavieren anlegte. ... Wenn ein kleines Stück Land gehört, dem geht es verhältnismäßig gut.“

Ob die „Deutsche Tageszeitung“ mit dem Nachdruck einer solchen Stelle zu verstehen geben will, daß es in Zukunft der Wahrheit etwas mehr die Ehre geben will, wissen wir nicht. Jedenfalls wird man sich dieses wohl unfreiwillig entschlüpfte Geständnis merken müssen, wenn bei den Beratungen über die Getreidepreise der Kampf der Junker erneut einsetzt.

Bräuen stammt die „Friedensspeise“ der Indianer her. Die Rothäute hielten die Friedensspeise für ein Geschenk der Sonne und betrachteten sie als Untertand des Friedens. Wenn zwei Häuptlinge die Friedensspeise rauchten, so wurde die heilige Speise mit großer Sorgfalt angezündet und dann gegen den Himmel gehoben, um sie dem großen Geist als Opfer darzubieten; dann wurde die Speise gegen die Erde geneigt, um die bösen Geister abzuwehren, und rund herumgedreht, um den Schutz der Luft, die Erde und das Wasser bewohnenden Geister zu erbitten. Dann erhielt jeder Häuptling in der Richtung von Westen nach Osten die Speise und blies den Rauch zuerst gegen den Himmel und dann rund um sich herum gegen die Erde. Den Toten wurden Kugeln aus Tabak in den Mund gesteckt, damit sie in einem fröhlichen und bewußten Zustand das Land der Geister betreten könnten. Bei Gewittern oder anderen Schrecken erregenden Naturereignissen streute man Tabak in die Luft und bot ihn so den Geistern dar mit den Worten: „Rauche und tue uns nichts!“ In diesen indianischen Sagen wird der Tabak als ein Geschenk des Himmels gepriesen, den eine schöne Jungfrau den Menschen als eine Gabe der Götter herabgebracht habe.

Ein „Proletkino“ in Moskau. Der Moskauer Gouvernements-Gemeinschaftsverband organisierte zurzeit eine proletarische Kino-Gemeinschaft. Dieses „Proletkino“ bezweckt den Kampf mit dem den russischen Filmmarkt beherrschenden „bourgeoisem“ Film und plant die Einrichtung von Kino-Wandertheatern für die Arbeiterklasse, die Produktion revolutionärer Filme und die Heranbildung eines Stammes von Kino-Talents aus dem Proletariat. Die Begründer rechnen darauf, daß das Moskauer „Proletkino“ von ähnlichen proletarischen Unternehmungen des Westens unterstützt werden wird.

Polnischer Antisemitismus. In der polnischen sozialistischen Zeitung „Robotnik“ vom 23. Dezember wird ein Fall von Antisemitismus in Polen mitgeteilt. Der bisher von keinem Lande der Welt übertroffen worden ist. Danach wurde am 16. Dezember in der Universität Warschau eine Versammlung der Studenten der Medizin abgehalten, in welcher verlangt wurde, daß im Proletorium die jüdischen Studenten nur jüdische Leichen bestatten dürften. Falls bis zum 8. Januar die jüdischen Studenten keine jüdischen Leichen bestatten würden, seien sie von weiteren Arbeiten im Proletorium auszuschließen.

Eine Ausstellung sprecherlicher Graphik ist in der Bibliothek des Kunstgewerkschaftsbundes eröffnet worden. Sie ist wochentags von 9-9 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Neue Steinsch-Veruche. Die Professoren Steinsch und Polakowsky haben ihre Versuche zur Verjüngung nunmehr auf weibliche Versuchstiere ausgedehnt, die sie mit Hormontabletten behandelten, und sehr gute Resultate ergab. Nachdem das Versuchstier geschlachtet war, wurden im Anschluß daran Versuche mit Frauen vorgenommen, die ebenfalls gelang.

Presseausstellung in Modlau. Im Februar findet in Modlau der 4. schlesische Pressekongress statt. Zur Informationszwecke damit verbunden wird eine Presseausstellung veranstaltet werden, die einen umfassenden Überblick über alle periodischen Presseerzeugnisse aus der Vor- und Nachkriegszeit, insbesondere der Revolutionspresse, gewähren soll.

Frau Schlieffen auf freiem Fuß.

Der Umgang mit Grafen . . .

Die deutsche Justiz macht bekanntlich eine löbliche Ausnahme unter den Institutionen des, ach, so schändlich republikanisierten Deutschland. Sie weiß, was sich schickt, und hat das feinere Unterscheidungsvermögen hinübergerettet. Sie weiß, was einem Fachsenbach zukommt und was einem Herrn v. Bagow. Sie versteht es, ein Hakenkreuz von einem Sowjetstern auseinanderzuhalten. Die Unterschiede zwischen Jude und Christ sind ihr wohlbekannt. Und nun erlt der Umgang mit Grafen . . . Bitte sehr. Die Gräfin v. Schlieffen hatte bekanntlich vor langer Zeit einen Plan gefaßt, ein harmloses Bländchen, das sie in den Besitz von Kapital und ihren Sohn in den Besitz eines Majorats setzen sollte. Daß dabei ein naher Verwandter um die Erde gehen mußte, wird das nicht verstehen, da die Gräfin in Geldverlegenheit war. Wer wird ihr menschliches Bedauern verlagern wollen, wenn der Plan obendrein mißlang und „verraten“ wurde. Ein Mordprozeß? Eine Bagatelle! Und so verurteilte das Göttinger Schwurgericht die Frau Gräfin zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust. Wer denkt heute noch daran! Die Gräfin am allerwenigsten. Denn sie hat ihre Strafe auch heute noch nicht angetreten, sondern lebt in der Pension Gerbreich in Götting, Gartenstr. 2, unbehelligt auf freiem Fuß. Ein Justizskandal! Bitte sehr — haftungsfähig wegen Hysterie; gerichtsarztlich festgestellt. Es gibt noch Recht in Preußen und man kennt den Umgang mit Grafen . . .

Die Münchener Besprechungen.

Um die Befetzung des süddeutschen Senats.

München, 5. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Heute vormittag sind die Justizminister von Württemberg und Baden und ein Vertreter von Hessen zu einer Besprechung mit dem Reichsjustizminister beim bayerischen Justizministerium eingetroffen. Nach einer Mitteilung, die der Reichsjustizminister der Presse hat zu kommen lassen, handelt es sich in der Hauptsache um die Befetzung des süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof zum Vollzug der Geleitz zum Schutze der Republik. Bayern soll zu diesem Senat drei Laienrichter stellen, Württemberg, Baden und Hessen je einen. Ferner soll noch die Vereinfachung der Rechtspflege zur Sprache kommen. Auch die notwendige Entlastung des Reichsgerichts soll behandelt werden.

Blinder Haß.

In ihrer Nummer vom 29. Dezember berichtete die „Rote Fahne“, daß der Redakteur des Bremer kommunistischen Parteiblattes, Heinz, vor dem dortigen Schöffengericht wegen Führung eines falschen Passes zu drei Monaten einen Tag Gefängnis verurteilt, aber aus der Untersuchungshaft entlassen worden sei. Unmittelbar darauf wäre Heinz jedoch aufs neue verhaftet, aber die Weihnachtsfeier gefangen gehalten und dann über Stettin nach Rußland abgeschoben worden. Diese Mitteilung begleitete die „Rote Fahne“ mit folgendem Angriff auf den preussischen Innenminister Severing:

„Genosse Heinz ist der dritte kommunistische Redakteur, dem binnen kurzer Zeit von dem sozialdemokratischen Innenminister das Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung unmöglich gemacht wird, nur weil er Ausländer ist. Herr Severing hat damit die Regierungspraxis des wilhelminischen Deutschlands gegen revolutionäre Ausländer übertroffen.“

Wenn wir es auch begreiflich finden, daß die Redaktion der „Roten Fahne“ in der Umgegend von Turkestan besser Bescheid weiß als in deutschen Verhältnissen, so sollte man doch annehmen, sie müßte wenigstens so viel von deutschen Verfassungszuständen, daß der preussische Minister Severing in Bremen nichts zu sagen hat. Ihr Haß gegen den Sozialdemokraten Severing ist jedoch viel größer als ihre Kenntnis von den Zuständen der einzelnen deutschen Länder. War ihr Angriff gegen Severing schon allgemein unberechtigt, so muß sie heute zugestehen, daß Heinz überhaupt noch nicht abtransportiert worden ist. Er wird vielmehr im Bremer Polizeigefängnis festgehalten, weil zu seinem Abschub die erforderliche Einwilligung der preussischen Regierung nicht eingetroffen ist. Also hat Severing noch nicht einmal die Zustimmung dazu gegeben, daß der von dem bürgerlichen Bremer Senat ausgewiesene über preussisches Gebiet transportiert wird. Dafür mußte er sich aber schon vor einer Woche von der „Roten Fahne“ anpöbeln lassen, er habe die Ausweisung verfügt und damit selbst Wilhelm übertroffen!

Wie sie schwelgen!

Ein Bekenntnis.

Ein ernstes Wort, das wir ausnahmsweise voll unterschreiben können, trotzdem es in der „Deutschen Zeitung“ zu finden ist, veröffentlicht dort Graf von der Goltz. Er redet seinen Mitbürgern folgendermaßen ins Gewissen:

Neben der Not weiter Kreise, besonders des bisher geistig führenden, gebildeten Bürgertums läßt ein ungeheurer Luxus einher, aber nicht bloß unter den neuen Reichen, sondern auch in den Teilen des Bürgertums, die Vermögen und Einkommen der Geldwertwertung eingermessen anpassen konnten, also auch heute noch sich halten können. Wenn diese Kreise Luxus treiben, im allen Fälle üppige Gesselligkeit ausüben und annehmen oder gar öffentlich zu Bruchstücken aufordern, bei denen mit ausländischen Devisen zu bezahlende Genüsse geboten werden, während weite Kreise des Volkes und sogar der eigenen Standesgenossen schwerste Not leiden, so muß das als Verwahrlosung, Taktlosigkeit und Mangel an sozialem Verantwortungsgefühl geachtet werden. Hier heißt es: Bildung verpflichtet. Was man von herausgekommenen, reich gewordenen Schiebern nicht verlangen kann, muß von denen unbedingt verlangt werden, die sich nach Bildung und Stellung für die führenden Schichten des Volkes halten.

Es ist immerhin nützlich, wenn man diesen „nach Bildung und Stellung führenden Schichten“ auch einmal in deutschen Nationalen Blättern die Wahrheit sagt. Bisher hat man das den sozialistischen Blättern neidlos überlassen, während man sich dort darauf beschränkte, über Armut und Begehrlichkeit der Arbeiter zu klagen. Jetzt bekennnt wenigstens einer von ihnen, daß Luxus und Schwelmerleben auch in den gutbürgerlichen Häusern heimisch sei.

Die Deutsche Notgemeinschaft kann, wie uns mitgeteilt wird, bereits auf ansehnliche Erfolge zurückblicken. In der Stadt Göttinge waren bis zum 12. Dezember 3,6 Millionen Mark in bar und 8000 Rentner Lebensmittel gesammelt worden. Ähnliche erzielte Aufbereitschaft wird auch von anderen Orten gemeldet. Der Ausgleichsfonds des Reichsarbeitsministeriums beträgt zurzeit 8 Millionen Mark. Der Hauptzufluß an finanziellen Mitteln wird für die allernächste Zeit erwartet. Man rechnet mit einem Einzug von mindestens 100 Millionen Mark.

Wirtschaft

Von den Textilmärkten.

Wenn das Geschäft an den deutschen Textilrohstoffmärkten in der letzten Zeit recht still lag, so ist das im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Ungewissheit in der Reparationsfrage sowohl Verkäufern wie Käufern jede Möglichkeit zu disponieren nahm. Die Tendenz der Preise war wie immer in den letzten Monaten nach oben gerichtet. An den ausländischen Märkten war im Gegensatz zu den deutschen Märkten das Geschäft sehr lebhaft. Der Baumwollmarkt Amerikas lag trotz eines erheblichen Angebots von Waren sehr fest. Es ist zwar eine durchaus nicht schlechte Ernte zu verzeichnen, aber die Ernte ist sehr frühzeitig über die Entförmungsmaschinen gegangen und dadurch auch frühzeitig an den Markt gekommen. Deshalb ist die Befürchtung, daß das Angebot nachlassen wird, nicht ganz grundlos, und mit ihr hängt die Neigung des amerikanischen Baumwollmarktes zu Preissteigerungen zusammen. Als Käufer treten neben den amerikanischen Baumwollverarbeitern in erster Linie englische Firmen auf. Dort ist die Nachfrage, besonders nach Halb- und Ganzbritaten im Steigen begriffen. Und gerade in der Textilindustrie ist in den letzten Wochen ein Steigen der Beschäftigung zu verzeichnen. Das erklärt sich besonders daraus, daß Deutschland als Verfolger des Weltmarktes in dem Maße ausschleibt, in dem die Preise deutscher Textilwaren sich dem Weltmarktpreis nähern. Auf manchen Gebieten war dieser in Deutschland bereits überschritten.

Die deutsche Textilindustrie hat vor allem unter dem Mißverhältnis zwischen den Preisen und den Einkommen der großen Massen zu leiden. Je weiter die Lebensmittelpreise in die Höhe gehen, ein desto geringerer Teil des Einkommens bleibt für andere als unbedingt lebensnotwendige Zwecke frei. Die Einzelhandelsgeschäfte haben deswegen die Preise lange nicht in der Weise in die Höhe setzen können, wie sie es getan hätten, wenn die Kaufkraft der Markt nicht derartig rapide gesunken wäre. Aber auch die festgesetzten Preise vermochten nicht, die Käufer anzulocken. Das Weihnachtsgeschäft war bekanntlich fast völlig still. Diese Verhältnisse wirken naturgemäß auch auf die Engrosgeschäfte und auf die Fabrikanten zurück. Es ist etwas in der Geschichte der Konfektion noch nie Dagewesenes, daß die Bestellungen für Sommerware um diese Zeit noch nicht stattgefunden haben. In diesem Jahre sind sie so gut wie ausgeblieben. Das liegt einfach daran, daß die Detailgeschäfte nicht in der Lage sind, die von den Engrosfirmen und Fabrikanten geforderten Preise zu zahlen, sie würden dafür keine Abnehmer haben. Wer soll z. B. für einen Anzug mittlerer Qualität 250 000 bis 300 000 M. zahlen? Soviel kostet er aber, wenn man die heute geltenden Preise zugrunde legt. Die Fabrikanten, Weberereien, Spinnereien sind jetzt noch mit der Ausführung von Aufträgen aus den Zeiten, in denen man sich um die Ware rüh, beschäftigt. Neue Aufträge gehen bei ihnen sehr spärlich ein. Arbeiterentlassungen und Streckung von Arbeit sind an der Tagesordnung. Wie weit die Verhältnisse gediehen sind, das wird am besten dadurch illustriert, daß Fabrikanten und Großfirmen, die zum Teil ihre Verkäufe nur in ausländischer Valuta vornehmen wollten, jetzt allmählich dazu übergehen, Offerten in deutscher Mark zu machen. Sie können das ganz gut, denn die Dinge liegen doch so, daß die Fabrikanten nur den geringsten Teil des Fabrikates mit ausländischer Valuta bezahlen, das also für diesen Teil des Fabrikates der Devisenstand von ausschlaggebender Bedeutung ist. Bei dem größten Teil der Fabrikation werden 75 Proz. in deutscher Mark gezahlt, wie Frachten, Löhne und andere Unkosten. Alle diese Kosten stehen doch nur in einem mittelbaren Zusammenhang mit den Devisenkursen. Wenn also der Fabrikant jetzt von dem Prinzip, in ausländischer Valuta keine Ware zu berechnen, abgeht, so wird er trotzdem nicht allzuviel zusetzen; man hat es vorerst wenigstens wirklich nicht nötig, mit der deutschen Textilindustrie, die glänzend verdient hat, Mißseid zu haben. Wenn sich freilich die Verhältnisse weiter derartig zuspitzen, drohen der Arbeiterschaft dieser Industrie infolge der verfehlten Preispolitik der Produzentenverbände schwere Gefahren. A. H.

Die Verteuerung des Kleinwohnungsbaues.

Nach den Ermittlungen der „Sozialen Bauwirtschaft“ stellten sich für eine Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche die Baustoffpreise in Deutschland Anfang Dezember 1922 wie folgt:

Baustoffe	1. Juli 1914	1. Dezember 1922
Mauersteine . . .	700,— M.	868 308,80 M.
Zement	60,—	77 413,50 „
Stübenkalk	78,—	112 647,08 „
Gips	12,50	15 308,60 „
Dachziegel	248,50	223 383,00 „
Rohrgewebe	23,50	25 200,—
Rambholz	264,—	682 727,—
Fußboden	152,50	325 724,—
Rint	55,50	125 990,50 „
Glas	84,—	55 422,50 „
Summa	1 668,50 M.	2 509 101,28 M.

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also vom 1. Juli 1914 bis 1. Dezember 1922 von 1 668,50 M. auf 2 509 101,28 M. gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, dann ist hier eine Preissteigerung von rund 150 381 eingetreten.

Die Baustoffe sind also seit 1914 auf das rund 150 fache und innerhalb des letzten Monats um rund 100 Proz. gestiegen.

Gegen die Ausgabe von Hartgeld. Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Ausprägung von Erasmünzen, die im Nennwert von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark außerhalb der im Münzgesetz bestimmten Grenzen hergestellt werden sollen. Vom Vertreter des Reichsfinanzministeriums wurde die Ausgabe von Hartgeld mit den dadurch erreichbaren Ersparnissen begründet. Die Umlaufdauer eines Papiercheines beträgt in der Regel ein Jahr, während eine Münze rund 30 Jahre im Umlauf ist. Außerdem würde durch die Herstellung des Hartgeldes die Notenpresse außerordentlich entlastet und zudem die Möglichkeit gegeben werden, dem hochwertigeren Papiergeld eine künstlerische Ausgestaltung zu geben. Der Ausschuss lehnte den Gesetzesentwurf mit 9 gegen 8 Stimmen ab, wobei die Mehrheit von der Annahme ausging, daß die unbefristete Ausgabe von Hartgeld die Geldentwertung beschleunige. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß Hartgeld bei fortschreitender Geldentwertung überwertig und daher gehandelt wird. In die Ausgabe könne man erst nach der Stabilisierung der Markt gehen.

Devisenkurse. Unterer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 finnische Mark 208,47 Geld, 208,53 Brief; 1 japanischer Yen 4164,50 Geld, 4185,44 Brief; 1 italienische Lire 431,41 Geld, 438,59 Brief; 1 brasilianischer Real 877,55 Geld, 882,45 Brief; 1 Schweizer Franc 1625,02 Geld, 1684,08 Brief; 1 spanische Pieta 1341,63 Geld, 1348,37 Brief; 100 österreichische Kronen (abgestempelt) 12,84 Geld, 12,42 Brief; 1 tschechische Krone 250,37 Geld, 251,68 Brief; 1 ungarische Krone 8,30 Geld, 8,28 Brief; 1 bulgarische Lewa 54,37 Geld, 54,64 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 91,52 Geld, 91,98 Brief. — 100 Rollenmark galten im freien Verkehr etwa 47 T.

Hoffänger.

In der Silbnacht wurde der große Schneidermeister Wbach in der Helmholzstraße zu Charlottenburg von sogenannten Hofhängern, vier an der Zahl, ermordet und beraubt. Es handelte sich um Leute, die von Hof zu Hof ziehen und endlose Lieber mit schauererregenden Stimmen zum besten geben, für welchen Musikgenuss dann milde Gaben erbeiden werden.

Die Ermittlungen der Kriminalisten in dieser Morbfache werfen nun ein großes Schlaglicht auf diese Leute, die in Berlin als Hofhänger gewerdmäßig betteln gehen. Die Mörder traten immer zu zweit auf. Von ihren Herbergen oder dem Obdach ausgehend, suchten sie sich geeignete Höfe aus. Einer blieb dann mit einem Sack auf der Straße stehen. Die beiden anderen, die ihr gutes Zeug in ihren Schlupfwinkeln zurückgelassen hatten, machten auf dem Hausflur zunächst noch Toilette, um möglichst heruntergekommen und verelendet zu erscheinen. In Strümpfen oder auch barfuß beachtete einer irgendein schweres Brechen und sang ein Lied, das Mitleid zu erregen geeignet war. Der zweite hielt dann an die Hausbewohner, die am Fenster erschienen, eine wehleidige Ansprache, um noch einmal zu betonen, wie schlecht es seinem Kameraden und ihm selbst gehe. Am liebsten sahen es diese bejammerenswerten Bettler, in Wirklichkeit leicht- und arbeitsscheue Landstreicher, wenn man ihnen Lebensmittel oder Kleidungsstücke spendete. Diese wanderten in den Sack, mit dem der dritte Mann bereitstand. Dieser Dritte gehörte unbedingt zum Betriebe. Denn wären die beiden allein mit einem schon halb oder ganz gefüllten Sack auf dem Hof erschienen, so wären die Gaben sicher nicht so reich oder vielleicht auch gar nicht geflossen. Für das bare Geld, das dennoch zusammenkam, wurde gleich in der nächsten Kneipe gut gefrühstückt. Die anderen Gaben wurden in den „Palmen“, in den Herbergen und besonders auf den „Börsen“ in der Gips- und Auguststraße für schweres Geld verkauft. Die Bettler, die nach „getaner Arbeit“ jedesmal ihre Schuhe und Strümpfe wieder anzogen, auch Schemislet und Kragen wieder umbanden, spielten abends mit dem Erlös des Tages in ihren Stammkneipen die Lebemann, in der Regel in der Gesellschaft ihres weiblichen Anhangs. In den Stammkneipen ging es stets hoch her. Bis in die Nacht hinein wurde getrunken und gespielt. Um sich „bei Stimme“ zu erhalten, tranken die Hoffänger kaum Bier, sondern in der Regel nur Wein. In den Stammkneipen verkochten ihnen für gutes Geld „Gelegenheitsdichter“ auch neue Lieber, die sie für den Betrieb brauchten. Auch die Melodie wurde zur Geige gleich eingetribt.

Dieser Hoffänger gibt es in Berlin sehr viele. Sie graben den Westen wie den Norden ab, und fast stets ist ihr Zweck, günstige Gelegenheiten für Gewaltgeschäfte ausspioniert zu machen. Man prüfe genau, bevor ein billiges Mittel ganz unbegründet an gefährliche Typen dieser Art verschwendet wird.

Unerträgliche Milchpreissteigerung.

Der Ernährungsdezernent gegen die Ernährung.

Die neue Mitteilung des Berliner Ernährungsamtes über die am Montag in Kraft tretende neue Erhöhung des Milchpreises auf 216 Mark fordert zum allerstärksten Protest gegen das absolut unverständliche Verhalten des Ernährungsamtes bei der Milchpreisfestsetzung heraus. Es ist im „Vorwärts“ bereits mehrere Male darauf hingewiesen, daß die stark verteuerte, die beim Berliner Milchpreis durch die sogenannte Umsatzsteuer, Risikoprämie erreicht wird, die augenblicklich 13,55 Mark beträgt, um diese Ziffer auf jeden Fall verringert werden muß. Unsere Vertreter haben in der schärfsten Weise in der Ernährungsdeputation dagegen protestiert, daß bei diesem Verfahren ungezählte Millionen auf Kosten der Verbraucher aufgespielt werden, um für einen Eventualfall gesichert zu sein, der zweifellos nie eintreten wird. Da die leitenden Stellen des Berliner Ernährungsamtes aber glaubten, vorläufig auf diese Risikoprämie nicht verzichten zu können, haben auf unsere Initiative hin schon vor einiger Zeit Besprechungen im Reichsfinanzministerium über diese Angelegenheit unter Hinzuziehung auch der Berliner Zeitung stattgefunden. In diesen Besprechungen ist, wie aus Besprechungsprotokollen verschiedener Mütter zu ersehen ist, kein Zweifel darüber gelassen worden, daß das Reichsfinanzministerium seinerseits den durchaus vernünftigen Standpunkt einnimmt, daß eine fünf- oder sechs malige Erhebung der Umsatzsteuer dem Sinn

dieses Gesetzes absolut widerspricht. Es ist unerhört, daß trotz dieser durchaus klaren und zweifellos befriedigenden Stellungnahme der letzten Endes entscheidenden Instanz die Leitung des Berliner Ernährungsamtes immer noch auf der Einkalkulation dieser Risikoprämie besteht. Es muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß mit diesem Unsiß jetzt endlich Schluss gemacht wird. Für den Verbraucher spielen diese Ziffern eine ganz wesentliche Rolle. Es kommt hinzu, daß auch die anderen Ziffern der Kalkulation des Milchamtes zweifellos zu hoch gegriffen sind, so daß die Erhöhung auf 216 Mark absolut unerschwerlich ist. Die Angelegenheit wird jedenfalls am Montag die Ernährungsdeputation beschäftigen.

Der Händlerstreik.

Heute Beschlusfassung - Die Notversorgung.

Es hat immer mehr den Anschein, als ob der Streik der Großhändler in den Markthallen sich seinem Ende zuneigt. In der Zentralmarkthalle hatten gestern die wichtigsten Großgeschäfte ihre Stände geöffnet, jedoch war der Verkauf schleppend, da die Tatsache nur einem kleinen Kreise bekannt geworden war. Die mittleren Großgeschäfte nehmen eine zweifelhaft Stellung ein und wissen offenbar nicht, ob sie sich den Großhandlungen ersten Ranges oder den kleineren Großhandlungen anschließen sollen, die sich sehr radikal verhalten. Der Magistrat ist bereit, den Ausschlag zum Standgeld für Januar sich in Raten zahlen zu lassen und ferner das Standgeld bis April 1923 nicht zu erhöhen. Der Kapitalmangel unter den kleineren Großhändlern ist groß, da sich heute immer mehrere Händler zummentum müssen, um die Mittel für die Einfuhr eines einzigen Waggon Waren aufzubringen. Es wird daher für die Händler eine Rolle spielen, daß sich das Reichsverkehrsministerium, wie mitgeteilt, bereit erklärt hat, zur Erleichterung der Gemüseinfuhr einen Sondertarif für Obst und Gemüse einzurichten.

Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters tritt der Magistrat am heutigen Sonnabend zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um sich nochmals mit der Frage der Notversorgung der Bevölkerung durchzuführen sein würde, wenn der Streik sich bis in die kommende Woche ausdehnt. Die Lage ist so, daß die Händler im Durchschnitt nicht mehr für 48 Stunden mit Gemüse, Kohl, Kartoffeln usw. eingedeckt sind und daß aus diesem Grunde schleunigst durch den Magistrat Waren heranschafft werden müssen. Die von Stadtrat Busch angekündigten 50 Waggon, die von der Stadtwirtschaft angekauft worden sind, werden heute in Berlin eintreffen. Der Marktstreik hat auch insofern noch eine neue Note erhalten, als die Arbeiter und Angestellten der Händler in den Kampf eingegriffen haben. Sie erklärten vielfach, sie würden nicht dulden, daß die in Speichern oder Kellern eingelagerten Waren des Großhandels der Bevölkerung entzogen werden.

Ein Griff ins Wespennest.

Nur keine Verbilligung der Kohlen!

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat sich mit vollem Recht an die Bevölkerung Berlins durch Plakatsäulenanschläge gewandt mit dem Ersuchen, ihre Kohlenlieferung der Berliner Brennstoff-Zentrale G. m. b. H. (B.Z.) zu übertragen. Ganz abgesehen von den unangenehmen Erfahrungen, die mit dem privaten Kohlenhandel bei bevorstehenden Kohlenpreiserhöhungen gemacht wurden, kommt der Verdienst an dem Kohlenumsatz auf diese Weise zu einem guten Teil der Allgemeinheit, den Verbrauchern zugute. Das Heizmaterial wird nicht nur zu dem jeweils geltenden Preise während der Lieferungsperiode abgegeben, sondern es ist auf diese Weise auch möglich, dem Städtischen Wohlfahrtsamt gewisse Quantitäten zur Abgabe an Minderbemittelte zur Verfügung zu stellen, und zwar um so mehr, je größer der Umsatz ist.

Kein Wunder, wenn sich nun Groß- und Kleinhändler in ihren Profitinteressen bedroht sehen und alles aufbieten, um dieser „Gefahr“ zu begegnen. So lehnt der Verband Berliner Kohlenhändler es trotz des jüngsten Streiks der Kohlenkäufer ab, auch nur über eine neue Lohnbewegung zu verhandeln, geschweige denn Zugeständnisse zu machen, solange der Aufmarsch der Berliner Gewerkschaftskommission nicht widerrufen werde. Obgleich die neuen Annahmen zum Kohlenbezug erst ab 1. April wirksam werden, droht man mit Arbeiterentlassungen, weiter aber damit, die Kohlenarbeiter gegen die Gewerkschaften aufzubringen. Dieser Schreckhieb verfehlt seine Wirkung, denn die im privaten Kohlenhandel wirklich überflüssig werdenden Arbeitskräfte würden dann in der B.Z. gebraucht werden.

Die Tatsache, daß die Minderbemittelten durch die B.Z. drei Zentner Breitsciß um 2700 Mark bekommen, während sie bei den Händlern dafür nur zwei Zentner bekommen hätten, läßt sich nicht bestreiten. Die Antwort auf das Vorgehen des Kohlenhändlerhandels muß darin bestehen, dem Aufmarsch der Berliner Gewerkschaftskommission zu folgen und die gemeinnützigen Bestrebungen der B.Z. nun erst recht zu unterstützen. Bist es doch auch hier, wenn man schon in ein Wespennest greift, fest zuzugreifen.

Die Verpachtung der Berliner Häfen.

Die städtische Nachrichtenamt teilt, ist jetzt die Magistratsvorlage über die Berliner Häfen der Stadterordnetenversammlung zugegangen. Das Nachrichtenamt teilt aus der Begründung der Vorlage folgendes mit:

Durch die bevorstehende Fertigstellung des Westhafens werden die Hafen- und Speicheranlagen mehr als verdoppelt. Diese riesigen Hafenanlagen sollen ihren Zweck dienstbar gemacht werden. Dies ist nur möglich, wenn die Güterzufuhr Berlins eine ganz bedeutende Stärkung erfährt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind wesentlich ungünstiger als zu der Zeit, in der der Bau des Westhafens beschlossen wurde. Es gilt nun, Berlin zu einem Stapelplatz zu machen, denn Berlin steht seit Jahren unter dem Druck, daß die Zufuhren selbst für kurze Zeit nicht ausreichen dürfen. Die Verkehrsverhältnisse, die die Güter, welche auf Berlin zufließen, unmittelbar verbraucht werden. Berlin muß auch Umschlag- und Stapelplatz für den Transitverkehr werden. Dieses Ziel kann eine städtische Hafenerverwaltung nicht erreichen. Hierzu ist eine Organisation notwendig, die einen starken Einfluß auf den gesamten Güterverkehr besitzt und in engster Verbindung mit der See- und Binnenschifffahrt steht. Der Magistrat hat das Vertrauen zu den Firmen, welche die Häfen zu den in den Berträgen festgelegten Bedingungen übernehmen wollen, daß sie die wirtschaftliche Kraft besitzen, das vorerwähnte Ziel zu erreichen. Bei der Lösung des Berliner Hafenproblems müssen örtliche Gesichtspunkte in den Hintergrund treten, und nur eine weit vorausschauende Politik wird hier zum Ziele führen. Berlin muß sich mit seinen Häfen erst den Platz erobern, den es als Hafengast zu beanspruchen hat. Das Terrain liegt aber außerhalb der Einflusssphäre Berlins, und deshalb muß die Führung des Betriebes in solche Hände gelegt werden, die dieses Gebiet auch außerhalb Berlins und außerhalb Deutschlands kennen und beherrschen.

Da die Vorlage selbst uns noch nicht vorliegt, können wir auch nicht beurteilen, ob die von der Verkehrsdeputation gemächlichen, zum Teil sehr wichtigen Vorschläge in der neuen Fassung verarbeitet sind. Aus der Presse ist bereits bekannt, daß die Entschädigungssumme inzwischen auf 2 1/2 Milliarden erhöht worden ist. Wir behalten uns vor, zu den Einzelheiten des Vertrages noch Stellung zu nehmen.

Die gestrige Verhandlung im Klante-Prozess drehte sich fast ausschließlich um die Frage, ob Klante verhandlungsfähig sei oder nicht. Ueber diese zwischen dem Gericht, der Verteidigung und den Sachverständigen geführte Auseinandersetzung geschah es, daß der Angeklagte auf seiner Bahre einschlies und erst durch eine Kampfsprache wieder „verhandlungsfähig“ gemacht werden mußte. Der als Sachverständiger hinzugezogene Professor Strauch führte sein bereits abgegebenes Gutachten dahin weiter aus, daß er für Klante bringende Lebensgefahr annehme und absolute Verhandlungsunfähigkeit für vorliegend erachtete. Rechtsanwalt Bahn: Würden Sie, Herr Professor, einen Beamten der schätzlichen Tötung für schuldig halten, der diesen verhandlungsunfähigen Menschen zur Verhandlung zwingt? Professor Strauch beantwortet diese Frage nicht direkt, sie aber immerhin durchblicken, daß er, wenn kein anderer ersichtlicher Todesgrund vorliege, auf die Einwirkungen des Prozesses als Ursache für einen eventuell eintretenden Blutsturz zurückzuführen möchte. Zu der heutigen neuen Verhandlung werden die medizinischen Sachverständigen Geheimrat Hoffmann, Professor Jungmann, Professor Strauch und Dr. Bürger und als Zeuge der Pfleger Klantes im Gefängnislazarett erscheinen.

Zu dem Prozess des „Direktors“ Bernolot, der heute vor dem Landgericht III beginnt, hat der Angeklagte eine umfangreiche Verteidigungsschrift ausgearbeitet. Der Antrag zu der Gerichtsverhandlung wird aller Voraussicht nach außerordentlich groß sein, insbesondere aus Verbrecherkreisen, die auf diese Weise unauffällig studieren wollen, wie man Wohnungseinbrüche in Szene setzt. Bernolot hat bekanntlich am Weihnachtsheiligabend einen mitleidigen Selbstmordversuch gemacht.

Manuskript verboten. Der Wallf. Verlag, Berlin.

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

„Wissen Sie denn Ihren eigenen Namen nicht mehr? He?“ fragte der Offizier und starrte den Mann voller Wut an. Er schlug mit seiner scharfen Stimme wie mit einer Peitsche zu.

„Ziehen Sie sofort Ihr Hemd aus, und dann zurück ins Bett!“ Der Diensthabende ging weiter und ließ bei seiner mitternächtlichen Inspektion der Baracken das Licht seiner Taschenlampe von einem Bett auf das andere fallen. Wieder schwere, schwarze Nacht, und die Geräusche der Männer, die im Schlaf tief atmeten. Wie er am Einschlafen war, konnte Fuselli den Mann neben sich stöhnen hören, ganz monoton, gleichmäßig, flüsternd, mit kleinen Pausen, um sich neuen Stoff auszuwerden, neue Kombinationen von Worten, seine hilflose Wut wegzuschicken, um sich so durch die monotone Wiederholung seiner Flüche in Schlaf zu bringen.

Etwas später wachte Fuselli mit einem ersticken Schrei auf. Er hatte geträumt, daß er den Diensthabenden ins Gesicht geschlagen habe, und daß er aus dem Gefängnis ausgebrochen sei und nun laufe, endlos, atemlos, stürzend und fallend, während die Wachkompanie ihn eine Straße mit kleinen vertränten Bäumen hinunterjagte, immer näherkommend, während die Stimmen hinter ihm metallisch wie das Klaffen der Fähne in den Gewehren klangen und Offiziere Befehle hinausriefen, so daß es sicher schien, gefaßt, sicher, erschossen zu werden. Er warf sich hin und her und schüttelte seinen Traum ab, wie ein Hund das Wasser von sich abschüttelt. Dann fiel er wieder, in seine Bettlücke gehüllt, in Schlaf.

2.

John Andrews stand nackt in der Mitte eines großen, kalten Zimmers, dessen Wände, Decke und Boden aus ungehobeltem Fichtenholz hergestellt waren. Die Luft war schwer vor Wärme. In einem Pult in der einen Ecke hörte man das trampfartige Tippen eines Schreibmaschinisten. „Sagen Sie, junger Mann, buchstabieren Sie doch mal „verrukt!““ John Andrews ging an das Pult hin, buch-

stabierete das Wort und fügte hinzu: „Wollen Sie mich examinieren?“

Der Mann schrieb auf seiner Maschine weiter, ohne zu antworten.

John Andrews stand mit gekreuzten Armen in der Mitte des Zimmers, teils belustigt und teils auch ärgerlich und schob sein Gewicht von einem Bein aufs andere, horchte auf das Geräusch der Schreibmaschine und auf die Stimme des Mannes, wie der jedes Wort des Berichts, den er abschrieb, vorlas.

„Entlassungsbefehl... Tip... tip... verfluchter Maschinenschreiber... tip... tip... diese verfluchten Armeeschreibmaschinisten...“ In diesem Augenblick kam der Rekrutierungsgeant zurück.

„Schau her, wenn du nicht die Abschrift in zehn Minuten fertig haben wirst, wird Hauptmann Arthur wild werden. Mach um Gotteswillen schnell. Du wirst doch deinen Posten behalten!“

„Hallo!“ die Augen des Sergeanten fielen auf John Andrews: „Fast hätte ich Sie vergessen. Laufen Sie ein wenig im Zimmer herum. Reim, anders um. Nur ein bißchen, daß Ihr Herz untersuchen kann. Donnerwetter, diese Rekruten, die haben ja noch ordentlich Fett am Leibe.“

Während er sich so zum abtasten und abmessen ließ und sich wie ein preisgekröntes Pferd auf einem Jahrmart sah, hörte John Andrews dem Manne an der Schreibmaschine zu, dessen Stimme monoton weiterging.

„Angesichts... Bericht über sexuelle... Alkoholismus... Landarbeiter... normale Erscheinung...“

„Ziehen Sie sich wieder an“, sagte der Rekrutierungsgeant. „Ein bißchen schnell, ich kann mit Ihnen nicht den ganzen Tag verbringen. Warum hat man Sie denn hier alleine runtergeschickt?“

Andrews atmete tief auf, als er draußen in die leuchtende Luft kam. Einen Augenblick stand er unentschlossen an der Holztrappe des Gebäudes und sah die Reihe der schnell aufgebauten Baracken hinunter. Einige waren grün angemalt, andere aus rohen Holzbrettern, und wieder andere standen noch als Gerüst herum. Ueber seinem Kopfe bewegten sich große, rötlich angehauchte Wolkenberge langsam über den unendlichen, offenen Himmel. Sein Blick glitt vom Himmel herunter auf ein paar hohe Bäume, die in herblichem Gelb an den Grenzen des Lagers leuchteten, und dann auf das Ende der langen Barackenstraße, wo ein Wachgitter war und ein Wachsoldat immer hin und her ging, hin und her.

Er zog für einen Augenblick die Augenbrauen zusammen. Dann ging er, schwankend, nach dem vierten Gebäude rechts.

John Andrews puckte die Fensterseihen. Er stand in schmutzigem, blauen Kittel auf der Spitze der Leiter und rieb die kleinen Scheiben der Barackenfenster mit einem feigenen Luche ein. Sein Atem füllte sich mit dem Geruch des Staubes und der sandigen Seife. Ein kleiner Mann mit grauroten Backen folgte ihm tabakpudend auf die Leiter und polierte die Scheiben mit einem trockenen Luche, bis sie glänzten und den wolfigen Himmel reflektierten. Andrews Beine waren müde von dem ewigen Leiter-Auf- und Absteigen. Seine Hände waren wund von der klebrigen Seife; beim Arbeiten schaute er, ohne zu denken, auf die Reihen der Schlafstellen hinunter, wo die Bettlücke alle in derselben Art zurückgelegt waren; auf manchen von ihnen lagen Männer und streckten sich im Zustande äußerster Anspannung. Er sagte immer wieder zu sich selbst, wie seltsam es doch sei, daß er an nichts denke. In den letzten Tagen schien sein Verstand zu einem harten, unbeweglichen Klumpen geworden zu sein.

„Wie lange werden wir dies tun müssen?“ fragte er den Mann, der mit ihm arbeitete. Der Mann taute seinen Tabak weiter, so daß Andrews glaubte, er würde überhaupt nicht antworten. Er wollte gerade wieder zu sprechen anfangen, als der Mann, gedankenvoll auf der Spitze der Leiter balancierend, mit den Worten heraustrat:

„Bier Uhr.“

„Wir werden heute also nicht fertig?“ (Fortsetzung folgt.)

